



Ortsverband City-Kurfürstendamm

Informationen für Mitglieder und Freunde

Editorial

Was uns im Ortsverband bewegt – das sind die kleinen und großen Themen, Alltägliches und Zukunftsweisendes. Das Team des Newsletter bleibt am Ball.

- Die Einheit von CDU/CSU – hierzu gibt es eine interessante Betrachtung von Christina Moritz.
- Gerne haben wir auch die Anregung aufgenommen, die Umgestaltung des Olivaer Platzes einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.
- Der Fall Sami A. – fast schon ein wenig in Vergessenheit geraten – wird noch einmal von fachkundiger juristischer Seite beleuchtet.
- Nach dem Artikel über die Raser auf unseren Straßen folgt nun ein Meinungsartikel, der sich um das Thema „Tempo 30“ dreht, zugegebenermaßen von einem Autoliebhaber.

Weiterhin gilt das Angebot zur Nutzung der Möglichkeiten zur Partizipation und Information bei der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms. Für uns, für Berlin, für Deutschland in einem vereinten Europa.

Das Newsletter-Team

Termine

Montag, 3. Dezember 2018 **6. City-Gespräch**
19.00 Uhr

Einigkeit und Mut zur Erneuerung

„Einigkeit und Recht und Freiheit. Für das deutsche Vaterland.“ – Darauf verpflichtet uns explizit die Nationalhymne. Gleichzeitig bekennen sich CDU und CSU zu einem Wertefundament, das Würde und Rechte jedes Einzelnen in den Mittelpunkt stellt. Vor allem auf Einigkeit, Fairness gegenüber der Person und den Blick für das Allgemeinwohl wird es ankommen, wenn der oder die neue CDU-Parteivorsitzende gewählt ist. Wie immer im Leben sind wir nicht gut beraten, uns auseinanderdividieren zu lassen. Die drängenden Herausforderungen, vor denen Deutschland in Innen- und Außenpolitik steht, dulden kein Verbeißen in Flügelkämpfen. Auch die in weiten Teilen der Öffentlichkeit angeheizte Debatte um den Bestand der Großen Koalition ist schädlich. Deren Protagonisten verkennen das Entscheidende: Es geht nicht um das politische Schicksal Einzelner, sondern um das Wohl unseres Landes. Spekulationen helfen uns allen nicht weiter. Gute inhaltliche Arbeit ist gefragt. Die gegenwärtige parteiinterne Diskussion um die Kandidaten für den Parteivorsitz ist Ausdruck gelebter Demokratie in der CDU. Das lateinische *conservare* bedeutet bewahren, aber nicht verharren um jeden Preis. Diesem weit verbreiteten Vorurteil gegenüber den Unionsparteien gilt es entschieden entgegenzutreten. Deshalb ist es gut und richtig, dass die CDU eine personelle Erneuerung beschließen will und weiterhin aktuelle Themen kontrovers diskutiert. Deshalb brauchen wir Regionalkonferenzen, in denen wir die kennenlernen können, die Verantwortung

übernehmen wollen. Und nicht zuletzt deshalb stehen wir, der Ortsverband City-Kurfürstendamm, regelmäßig am Wochenende in Fußgängerzonen und auf Plätzen, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Letztlich braucht es zur Erneuerung nicht nur Mut, sondern auch das Verständnis eines einfachen Rechenexempels, das sich aus neuen politischen Konstellationen in unserem Lande ergibt. In einem immer vielfältigeren Parteienspektrum werden Wahlergebnisse früherer Zeiten schon rechnerisch nicht mehr erreichbar sein. Dies einer Bundesregierung anzulasten, die flexibel auf die Veränderung unserer Gesellschaft reagiert, wäre schlechterdings unfair. Auch über die Qualität der Politik der CDU sagt dies wenig, vor allem, wenn man die tatsächlichen Leistungen anderer Parteien nicht qualitativ betrachtet. Richten wir also den Blick nach vorn. Es gibt noch viel zu tun. Gemeinsam und geschlossen wird es auf jeden Fall besser gelingen.

CM

§§ Spannungsfeld Rechtsstaat/ Rechtsempfinden – Abschiebung von Sami A. §§

„Die Unabhängigkeit von Gerichten ist ein hohes Gut. Aber Richter sollten immer auch im Blick haben, dass ihre Entscheidungen dem Rechtsempfinden der Bevölkerung entsprechen.“ Mit dieser Forderung erregte der nordrhein-westfälische Innenminister, Herbert Reul (CDU), just deutschlandweit Aufsehen. Während Teile der Bevölkerung ihm beipflichteten und eine ebenso dezidierte These aufstellten, kritisierten andere die Blauäugigkeit sowie vermeintliche Ignoranz jener Aussage. Insbesondere der Deutsche Richterbund unterstrich die Bedenklichkeit dieses Postulates und forderte eine umgehende Revidierung jener These. Dabei reiht sich diese Forderung seitens des besagten Innenministers in eine kontrovers geführte Debatte um die Schattenseiten sowie Effizienz des hiesigen Rechtsstaates ein. Ob die ignorierten Fahrverbote in München, die Aussagen Alexander Dobrindts (CSU-Landesgruppenchef im Bundestag) über im Asylrecht tätige Anwälte oder aber die für das anfangs aufgeführte Zitat ursächliche Abschiebung des mutmaßlichen ehemaligen Leibwächters Osama bin Ladens, Sami A. – die bundesdeutsche Politik sowie Gesellschaft sieht sich einer zunehmenden Hinterfragung von gerichtlichen Urteilen und ihrer Geltungslegitimation ausgesetzt. Die Abschiebung von Sami A. steht in diesem Rahmen symptomatisch für das immer heftiger umkämpfte Primat des innenpolitischen respektive migrationsrechtlichen Entscheidungsrechts. Dabei sei der Fall von Sami A. in gebotener Kürze skizziert: nach mehreren erfolglosen Versuchen der Abschiebung des vom BND und Verfassungsschutz als ehemaligen Leibwächter Osama bin Ladens und mithin Gefährder erachteten Aufenthaltsberechtigten, initiierte das Land NRW Mitte Juni einen erneuten Anlauf der Ausweisung. Dabei missachtet es jedoch die Aufforderung des in jener Sache mit einem anhängigen Verfahren beschäftigten Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen, über jedwede Abschiebungstermine die Richter zu unterrichten. Aufgrund einer engen zeitlichen Aufeinanderfolge des letztlichen Urteils, welches ein Abschiebverbot anordnete, sowie der vorgenommenen Abschiebung erfuhren die Behörden erst während der Durchführung der Ausweisung von dem einschlägigen Urteil. Dabei verhinderten vermeintliche Kommunikationsschwierigkeiten einen rechtzeitigen Abbruch der Abschiebung. Gegen Mittag des 13. Juli wird Sami A. den tunesischen Behörden übergeben und von diesen inhaftiert. Das Gericht sah sich düpiert, die Richter übergangen und die handelnden Behörden mit einem wohlmöglich schwerwiegenden und eklatanten Rechtsbruch konfrontiert. In der Folge ordnete das Gericht die Rückführung von Sami A. mit entsprechender Unkostentragung der BRD an. Die bundesdeutsche „Rechtsposse“ schien perfekt zu sein.

Was zunächst wie ein Treppenwitz erscheint, trägt in sich jedoch unsagbar schwerwiegende und geradezu explosive Vorwürfe: grobe Rechtswidrigkeit sowie die Verletzung „grundlegender rechtsstaatlicher Prinzipien“ stehen im Raum. Die Präsidenten des OVG-NRW, Ricarda Brandts, spricht gar von einem Austesten der „Grenzen des Rechtsstaates.“ Das Misstrauen der Judikativen gegenüber der Exekutiven ist seither nachweislich gewachsen – bundesdeutsche Institutionen stehen einander skeptisch und feindselig wie lange nicht mehr gegenüber.

Ob jene Vorwürfe seitens der Judikativen verfangen ist hierbei nicht im Detail darzulegen. Prinzipiell drängt sich jedoch nach eingehender juristischer Betrachtung des Sachverhaltes der Eindruck der bewussten Umgehung etwaiger gerichtlicher Hürden seitens der Behördenvertreter auf. Auch diverser Dokumente sowie Gesprächsprotokolle verstetigen dieses Narrativ. Fraglich bleibt nun, welche Konsequenzen und Erkenntnisse dabei aus diesem Fall resümiert werden müssen.

Dass Aussagen, wie jene des nordrhein-westfälischen Innenministers wenig sachdienlich sind, steht dabei zunächst außer Frage. Die BRD versteht sich im Art. 20 des Grundgesetzes als Rechtsstaat und bindet damit die Exekutive an Recht und Ordnung. Das Prinzip der Gewaltenteilung gehört zu den wesentlichen Säulen unserer Demokratie – das daraus resultierende Gebot der Achtung und vor allem Befolgung gerichtlicher Urteile durch die Exekutive somit zum Wesen unseres Staates. Diesen Grundcharakterzug unserer Nation mit der fadenscheinigen Rechtfertigung von Kommunikationsschwierigkeiten zu untergraben, ist fahrlässig und der Auftakt einer brandgefährlichen und existenzbedrohenden Verfassungskrise. Denn eins muss einem jeden bewusst sein: der Rechtsstaat lässt sich nicht

schützen und realisieren, indem geltendes (Verfassungs-) Recht gebrochen wird. Gerechtigkeit und andere subjektive Empfinden der Bevölkerung sind gerade aufgrund des Rechtsstaatsgebotes von gerichtlichen Entscheidungen konsequent zu trennen. Hort jener Indikatoren ist nämlich nicht der Gerichtssaal, sondern die jeweiligen Parlamente. Jene müssen entsprechende Handhaben schaffen, um dem Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung auch im Rahmen von Fragen der Migrations- sowie Sicherheitspolitik gerecht zu werden. Die Judikative hingegen darf und muss sich geradezu auf die ausschließliche Anwendung jener Rechtssätze beschränken! Nur so kann das staatliche Gefüge geschützt werden – nur so wird „das Recht“ ordnungsgemäß umgesetzt. Als Partei, welche sich Sicherheit und Ordnung auf ihre Fahne schreibt, gilt es somit für die CDU die so vorgenommene Abschiebung von Sami A. dezidiert zu kritisieren! Damit stellen wir uns nicht auf die Seite eines islamistischen Gefährders, sondern verteidigen vielmehr die konstitutionelle bzw. institutionelle Ordnung unserer Republik.

Wir schützen so das Erbe der Mütter und Väter des Grundgesetzes und verhindern somit eine Erosion unseres Rechtsstaates und letztlich auch unserer Demokratie!

AA

Meinung: Tempo 30

Traut man amtlichen Statistiken, so lässt sich ein allgemeiner Trend feststellen:

Der Fahrzeugverkehr in Deutschland nimmt stetig zu. Allein in Berlin sind rund 1,2 Mio. PKW zugelassen (Stand: Januar 2018, KBA). Um unsere Stadt auch langfristig auf die hohe Verkehrsbelastung, besonders im Innenstadtbereich, zukunftsorientiert einzustellen, bedarf es geeigneter Konzepte. Gerade unter dem Gesichtspunkt der kombinierten Straßen- und Wegenetznutzung durch KfZ, ÖPNV sowie Fußgängern und Radfahrern.

Eine Ausgrenzung von Dieselfahrzeugen, der Umbau von PKW- auf Fahrradstreifen, vor allem aber die Temporeduzierung auf 30 Km/h auf Hauptverkehrsachsen, seit 5. November auch auf der Kantstraße, sind jedoch keine überzeugenden Argumente einer guten Verkehrspolitik. Besonders die neuen Tempo-30 Strecken im Zuge des Dieselskandals führen nicht zu einer Reduzierung des Stickoxidausstoßes, sondern lediglich zu einer Verlagerung des Verkehrs auf andere, in Teilen bereits schon überlastete, Straßen.



Eine sinnvolle Lösung wäre eine Berücksichtigung aller Verkehrsteilnehmer und gleichzeitiger Auslagerung des überflüssigen KfZ-Verkehrs im Innenstadtbereich. Intelligente Verkehrsüberwachungs- und Verkehrssteuerungssysteme reduzieren das permanente Abbremsen und Anfahren, großzügig angelegte und überwachte Parkplätze am Stadtrand mit direktem, kostengünstigen Zugang zum ÖPNV könnten die Anzahl der Innenstadtfahrer zukünftig verringern. So könnte nicht nur die Anzahl der KfZ im Innenstadtbereich reduziert und der Verkehrsfluss optimiert werden, der Stickoxidausstoß würde gleichermaßen gesenkt werden.

Sebastian Ried

Olivaer Platz

Wer kennt ihn nicht, den Olivaer Platz an der Grenze zwischen Charlottenburg und Wilmersdorf, eingezwängt zwischen Konstanzer, Württembergischer, Pariser und Lietzenburger Straße sowie einem kleinen, nach ihm benannten Straßenabschnitt.

Der Blockplatz mit zehn Straßeneinmündungen wurde 1892 nach dem Kloster Oliva bei Danzig benannt. 1910 wurde er streng symmetrisch angelegt mit einem von Pyramidenpappeln umgebenen Terrassenplatz samt Grottenbrunnen im westlichen Teil, einem Kinderspielplatz im östlichen, dazwischen vertiefte Rasenfläche. Hecken und Alleen begrenzen den Platz an den Seiten. Es gab mehrfach Änderungen und 1961 eine komplette Neugestaltung. Diese wurde erforderlich durch den 1956 begonnenen Ausbau der Lietzenburger Straße zu einer Hauptverkehrsstraße. Rasenflächen, Sitznischen und Kinderspielecken, Wasserspiele in drei Brunnenbecken, Gartenbeleuchtung, Mauern, Pergolen und Gehölzgruppen wurden jetzt asymmetrisch angeordnet. Auf der östlichen Seite entstand ein Parkplatz.

1963 wurde die Skulptur Schlüssel von Yasuo Mizui aufgestellt, 1998 wurde die 6 m hohe Stahlskulptur Lenz 92 von Pit Kroke am Eingang zum Olivaer Platz an der Konstanzer Ecke Lietzenburger Straße aufgestellt.

2009 wurde über Pläne der Unternehmensgruppe Peter Unger diskutiert, für 25 Mio EUR auf dem Olivaer Platz nach dem Vorbild von Covent Garden in London eine Markthalle mit 4.000 qm Verkaufsfläche in drei lichtdurchfluteten Geschossen zu bauen, in der Brandenburger Erzeuger ihre Produkte direkt vermarkten können sollten. Darunter sollte eine Tiefgarage entstehen.

Am 2.12.2011 entschied sich die Jury des Wettbewerbs zur Neugestaltung des Olivaer Platzes für den Entwurf des Dresdener Landschaftsarchitekturbüros Rehwaldt. Danach soll auf Parkplätze weitgehend verzichtet werden. Große Rasenflächen, Promenaden an der Nord- und Südseite und ein Platz mit Café im Westen sollen entstehen. Die Kosten von 2,5 Millionen EUR sollen aus Fördermitteln bezahlt werden. Eine Initiative von Geschäftsleuten und die AG City wollen die Parkplätze erhalten und suchen einen Investor für den Bau einer Tiefgarage. Mit den Einnahmen aus den Parkgebühren könnte dann auch die Pflege und Bewachung der Grünanlage finanziert werden.

In einem Bebauungsplanverfahren wird die Umgestaltung vorbereitet. Der Baubeginn verzögerte sich immer weiter, als dann im Frühjahr die Bagger und andere Baufahrzeuge – quasi in einer Nacht- und Nebelaktion – anrollten, war das Erstaunen umso größer. Nun gleicht der Platz einer Mondlandschaft, eingezäunt nach allen Seiten.

Es bleibt zu hoffen, dass die Befürchtungen der Anwohner sich nicht bewahrheiten und der jetzige zu einem Dauerzustand wird.

MS

IMPRESSUM

Informationen für Mitglieder und Freunde

Redaktion: Abdullah Abed (AA), Christina Moritz (CM), Barbara Nieter (BN), Manuel Sandvoß (MS, Leitung)

CDU-OV-City-Kurfürstendamm Vorsitzender: Carsten Engelmann

Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Telefon: 030 341 35 34 Telefax: 030 341 02 50

E-Mail: info@city-cdu.de Internet: <http://www.cdu-citywest.de>

Kontoverbindung: Postbank Berlin, IBAN: DE 47 1001 0010 0126 3391 02, BIC: PBNKDEFFXXX